

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

№ 128.

Erscheint jeden Wochentag Nachmittags 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pfg., zweimonatlich 1 M. 50 Pfg. und einmonatlich 75 Pfg.

43. Jahrgang.
Freitag, den 6. Juni.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg.

1890.

Begepperrung.

Der Communicationsweg von **Niederschöna** nach **Oberschöna** wird vom **6. bis mit 14. Juni** für den Fahrverkehr **gesperrt**. Der Letztere wird über **Haida** und **Erlicht** verwiesen.
Die Nichtbeachtung dieser Anordnung würde mit **Geldstrafe** bis zu **60 Mark** oder mit **Gaft** bis zu **14 Tagen** geahndet werden.
Freiberg, am 4. Juni 1890.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Haberkorn. Sbb.

Bekanntmachung.

Da die Stadtgemeinde beabsichtigt, den sogenannten **Bettelborn** in der **Bertholdstadt** von **Frau Gutsbesitzer Böß** zu erwerben und das **Wasser** desselben für die allgemeine **Wasser-**versorgung nutzbar zu machen, so werden alle diejenigen **Personen**, welche **nachweisbare**

Privatrechte an diesem **Wasser** geltend zu machen haben, ersucht, solche unter entsprechender **Begründung innerhalb 8 Tagen** bei dem unterzeichneten **Stadtrath** schriftlich oder zu **Protokoll** anzumelden.
Freiberg, den 2. Juni 1890.

Der Stadtrath.
Beutler. Wbr.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage ist der bisherige **Badegehilfe** und **Hilfsschuhmann** **Herr Heinrich Robert Philipp** von hier als **3. Rathsdienier** und **Hausmann** für das **Stadthaus** von uns in **Pflicht** genommen worden, was hiermit zur **Legitimation** des Benannten öffentlich bekannt gemacht wird.
Freiberg, am 2. Juni 1890.

Der Stadtrath.
Beutler. Sbrg.

Parlamentarisches.

Nach einer pfingsttägigen Ruhepause von mehr als 14 Tagen kommt in Deutschland das parlamentarische Leben allmählich wieder in Fluß. In anderen Ländern kennt man derartige, durch die Feste veranlaßten Unterbrechungen parlamentarischer Verhandlungen nicht. So lagen während der Pfingsttage Berichte über parlamentarische Verhandlungen vor aus Oesterreich — hier galt es im böhmischen Landtage der Lösung der wichtigen Ausgleichsfrage — aus Ungarn, wo zur Abwechslung wieder einmal die Kostfrage auf der Tagesordnung stand, aus Italien, wo kurz nach dem Pfingstfest der Ministerpräsident Crispi eine scharfe Fehde mit der Opposition zu bestehen hatte, aus Frankreich, wo die Regierung mehrere wichtige Reformen auf dem Gebiete der Arbeiterfrage ankündigte, aus Spanien, wo das allgemeine Wahlrecht proklamiert wurde, und aus England, wo der Minister des Aeußeren allerlei neugierige Fragen über die auswärtige Politik der Regierung beantworten mußte. In Deutschland dagegen war ein gänzlicher parlamentarischer Ausstand zu konstatiren. Selbst aus den Zeitungen hätte man während der Pfingsttage kaum erfahren können, daß wir in einem parlamentarischen Staate lebten. So spärlich floßen die Mittheilungen aus unserem parlamentarischen Leben. Und doch hat kein einziger von den Staaten, deren Volksvertretungen ihre Arbeiten durch das Pfingstfest nicht unterbrochen haben, Fragen von solcher mienender Bedeutung zu lösen, wie sie dem deutschen Reichstag vorliegen. Doch der Reichstag ist in seinen Entschlüssen über die Eintheilung seiner Arbeiten souverän, und er thut vielleicht ganz gut daran, seinen Mitgliedern mögliche Erholung zu gönnen, damit sie sich dann ihren anstrengenden Arbeiten mit um so größerer Frische und Hingabe widmen können. Nächsten Montag wird er seine Sitzungen wieder aufnehmen. Bereits jetzt verlautet, daß in Betreff der Arbeiterschutz-Vorlage in gewissen parlamentarischen Kreisen die Absicht bestehen soll, zunächst nur diejenigen Paragraphe zur Annahme gelangen zu lassen, welche den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit, sowie die Sonntagsruhe betreffen, die anderen Vorlagen jedoch zu verwerfen. Hiermit wäre jedoch, wie offiziös betont wird, die Regierung nicht einverstanden, vielmehr beabsichtigt dieselbe, die Annahme des ganzen Gesetzes zu verlangen, würde indeß gegen die Vertagung der Diskussion über dasselbe bis zum Herbst keine Einwendung erheben. Daß das ganze Gesetz in der gegenwärtigen Tagung des Reichstages seine Erledigung nicht finden kann, ist allerdings als feststehend anzunehmen, schon deshalb, weil den Reichstag außer der Arbeiterschutz-Vorlage noch andere wichtige Verhandlungsgegenstände beschäftigen.

Zu diesen Vorlagen wird in den nächsten Tagen noch ein Nachtrag zum Budget kommen, wenigstens ist dem Bundesrathe bereits der auf die Aufbesserungen der Besoldungen der Reichsbeamten bezügliche Nachtragsetat zugegangen. Es steht nur noch der dritte in Aussicht genommene Nachtragsetat, der auf die Militärvorlage bezügliche, aus, doch ist auch dessen Einbringung im Bundesrathe und demnächstige Vorlegung im Reichstage nahe bevorstehend. Die durch Matricularumlagen zu deckenden dauernden Ausgaben der Letzteren belaufen sich auf 18 Millionen Mark, die durch Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten notwendigen dauernden Mehrausgaben dürften 20 Millionen Mark erreichen, so daß mit Hinzurechnung des auf die Kolonien bezüglichen Nachtragsbetats im Betrage von 5 1/2 Millionen Mark im Ganzen eine Erhöhung der Beiträge der Einzelstaaten zu den Kosten des Reichshaushaltes um 43 1/2 Millionen zu gewärtigen wäre. Das ist eine Summe von bedenklicher Höhe, deren Beschaffung das Budget der Bundesstaaten merklich belasten wird. Schnell ist jedoch Herr Richter bei der Hand, um mit seinem Finanzgenie den Herren Finanzministern aus der Klemme zu helfen. Neue Steuerprojekte zur Deckung der erhöhten Militärkosten, schreibt er in der „Frei. Ztg.“, werden in den maßgebenden Kreisen bereits erwogen, wenigleich die bezüglichen Pläne noch nicht bis zu Entwürfen formulirt sind. So wird uns mitgetheilt, daß in erster Reihe sich das Augenmerk gerichtet hat auf eine Besteuerung der Streichhölzer, sei es, daß hierfür das französische

Monopol oder die russische Besteuerungsform (Einnahme 3 Millionen Rubel) in Vorschlag gebracht wird. Daneben soll der frühere Plan einer Stempelsteuer auf die Quittungen wieder erneut in Erwägung gezogen werden. In den Reichstagsessionen 1880 und 1881 unterbreitete bekanntlich der Bundesrath dem Reichstage einen Gesetzentwurf, jede Quittung, welche über den Betrag von 20 Mark und mehr lautete, mit einer Stempelsteuer von 10 Pfg. zu belegen. Nun weiß man wenigstens, wie sich Herr Richter helfen würde, wenn er einmal Finanzminister ist. Neben den Streichhölzern könnte man ihm hierbei gleich noch Schutzwecken und Schlipsnadeln als geeignete Steuerobjekte zum Vorkommen empfehlen. Als eine der fettesten Enten, die jemals im Rosenmond aufgeflogen, bezeichnet die „Börsezeitung“ die eben erwähnte Mittheilung der „Freiwilligen Zeitung“ auf Grund von Erkundigungen, die sie „an berufener Stelle“ eingezogen habe. Bedarf es denn bei einer derartigen plumpen Erfindung überhaupt noch Erkundigungen?

Gleich nach seinem Wiederzusammentritt hat sich das preussische Abgeordnetenhaus in zweitägiger Verhandlung mit dem sogenannten Sperrgelbgesetz zu beschäftigen gehabt. Bekanntlich hat die preussische Regierung aus eigenem Antrieb, lediglich um durch Beseitigung eines Rückstandes aus dem Kulturkampf die Bürgschaften des inneren Friedens der Konfessionen im Lande zu vermehren und zu stärken, ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Zinsen desjenigen Kapitals, welches während des Kulturkampfes durch Sperrung der Einkünfte widerrechtlicher katholischer Geistlicher zusammengefloßen war, der katholischen Kirche unter gewissen Voraussetzungen jährlich zu überlassen. Es handelt sich um die bedeutende Summe von jährlich 560 000 M. als die Zinsen eines Kapitals von 16 Millionen Mark. Das Centrum war jedoch mit diesem Zugeständniß nicht zufrieden. Es verlangte die bedingungslose Zurückgabe des ganzen Kapitals, das sich die Regierung auf widerrechtliche Art angeeignet habe. Die Sprache, welche die Redner des Centrums in der bereits vor den Pfingstferien stattgefundenen ersten Lesung der Vorlage führten, war eine derart heftige und herausfordernde, daß die übrigen maßgebenden Parteien zu dem Entschluß gelangten, die Vorlage ohne Weiteres abzulehnen, falls das Centrum nicht selbst schließlich für dieselbe stimmen würde. Ein Geschenk Jemandem aufdrängen, ist eben nicht Jedermanns Sache. Für die gestern zu Ende geführte zweite Lesung der Vorlage hatte das Centrum mehrere Änderungsanträge gestellt, die sämmtlich bezweckten, die Gelber der Kontrolle der Regierung zu entziehen. Man konnte jedoch in diesen Anträgen ebenso wie in der bedeutend gemäßigteren Sprache der Centrumsredner ein gewisses Einklinken erblicken. Damit werden sich die ausschlaggebenden Parteien des Abgeordnetenhauses, Nationalliberale, wie Konservative und Freikonservative, jedoch nicht begnügen. Ihre Redner brachten sämmtlich in klaren Worten zum Ausdruck, daß ihre Abstimmung in der zweiten Lesung nicht vorbestimmend für die dritte Lesung sein werde. Würde das Centrum, dessen sämmtliche Änderungsanträge abgelehnt wurden, dann gegen die Vorlage in der von der Regierung vorgeschlagenen Form stimmen, dann würden auch sie das Gesetz ablehnen, und die katholische Kirche werde um jährlich 560 000 Mark ärmer sein. Das Centrum hat sich also allein zu entscheiden, ob es der katholischen Kirche Preußens eine jährliche Einnahme von einer halben Million Mark zuwenden will oder nicht. Die schließliche Ablehnung der Vorlage dürfte dem Centrum um so schwerer fallen, als bereits der Bischof von Baderborn und der Fürstbischof Kopp von Breslau das Gesetz als annehmbar bezeichnet haben. Auch auf den Papst kann sich Herr Windthorst bei einer Ablehnung nicht berufen, denn mit Recht führte der Kultusminister von Goshler aus, daß die von Zenem behauptete Erklärung der Kurie, das Centrum könne nach seinem Ermessen handeln, gerade bedeutet, daß kirchlich gegen die Annahme der Vorlage nichts einzuwenden sei. Freilich ist „kirchlich“ nicht ganz gleichbedeutend mit „windthorstlich“. Von einem Ausgleich dieser beiden Begriffe würde also das Geschick der Vorlage abhängen. Nach dem Verlauf, den der gestrige zweite Verhandlungstag genommen, kann man indeß mit ziemlicher Bestimmtheit an-

nehmen, daß das Centrum die gebotene Hand in letzter Stunde nicht noch zurückziehen wird, denn nach Ablehnung seiner sämmtlichen Änderungsanträge hat es schließlich — zwar nicht geschlossen, aber doch in seiner überwiegenden Mehrheit — für den von der Regierung gebilligten Antrag des Abgeordneten Hobrecht gestimmt, nach welchem die Verwendung der einzelnen Diözesen zugewiesenen Gelder zwischen dem Minister und den betreffenden kirchlichen Oberen zu vereinbaren ist. Die Abstimmung in der bevorstehenden dritten Lesung wird kaum eine andere sein.

Tageschau.

Freiberg, den 5. Juni.

Der **deutsche Kaiser** ist von seinem Unfall völlig wieder hergestellt. — **Mittwoch** Nachmittag ist im **königlichen Stadtschloß** zu **Potsdam** die **Taufe** der am **17. April** geborenen **Prinzessin**, **Tochter** Ihrer **königlichen Hoheit** des **Prinzen** und der **Prinzessin** **Friedrich Leopold** von **Preußen**, in der zur **Taufkapelle** hergerichteten **Bibliothek** **König** **Friedrich** des **Großen** vollzogen worden. Kurz vor dem Beginn der heiligen Handlung nahmen die anwesenden **Taufpächter** vor dem unter einem **Baldachin** errichteten **Altar** im **Halbkreis** **Auffstellung**. Es waren als solche zugegen: der **Kaiser** und die **Kaiserin**, der **König** von **Sachsen**, die **Prinzessin** **Friedrich** **Karl**, **Prinz** und **Prinzessin** **Heinrich** von **Preußen**, **Erzprinzessin** von **Meiningen**, **Erzogroßherzogin** von **Oldenburg**, **Prinz** **Günther** von **Schleswig-Holstein**, **Herzogin** **Adelheid** von **Schleswig-Holstein**, **Herzogin** von **Schleswig-Holstein-Glücksburg**, **Herzog** und **Herzogin** von **Anhalt**, **Prinz** **Albert** von **Sachsen-Altenburg**, **Erzprinzessin** von **Reuß** **J. L.** **Geführt** von dem **Hofmarschall** **Graf** **Kanitz** wurde der **Taufling** durch die **Oberhofmeisterin** **Gräfin** **Bernstorff** an den **Taufaltar** getragen. **Oberhofprediger** **D. Kögel** vollzog unter **Affistenz** des **Hofpredigers** **D. Rogge** die heilige Handlung. Im **Augenblick** der **Taufe** übernahm **Ihre** **Majestät** die **Kaiserin** den **Taufling**, um denselben über die **Taufe** zu halten. Die **Prinzessin** erhielt die **Namen**: **Victoria**, **Margarethe**, **Elisabeth**, **Marie**, **Adelheid**, **Ulrike**. Demnächst wurde die **Prinzessin** der **heiligen Mutter** überreicht, und **Oberhofprediger** **D. Kögel** sprach über **Beide** den **Segen**. Nachdem die **Allerhöchsten Herrschaften** der **Frau** **Prinzessin** **Friedrich** **Leopold** ihre **Glückwünsche** dargebracht hatten, erfolgte seitens der übrigen zur **Feier** geladenen **Herrschaften** eine **Defilircour** vor derselben, an welche sich dann die **Festtafel** im **Marmorfaal** unmittelbar angeschlossen. — Die „**Indep. belg.**“ meldet, daß **Fürst** **Vismarck** bei der **holländischen Eisenbahnverwaltung**, **Linie** **Benloo-Blijssingen**, einen **Sonderzug** bestellt habe, der am **21. d. Mts.** zu seiner **Verfügung** stehen muß. — Der **Chef** des **großen Generalstabes** **Graf** **von Waldersee** hat am **Mittwoch** mittels **Extrazuges** die **strategischen Bahnen** **Badens** besichtigt; an der **Fahrt** nahmen die **Prinzen** **Karl** und **Max**, sowie die **Minister** **Dr. Farban** und **Ellstätter** und der **kommandirende General** von **Schlichting** **Theil**. — Die **Verklebung** des **Ankaufs** der **großen** in **Rußland** gelegenen **Güter** der **Frau** **Fürstin** zu **Hohenlohe** durch das **kaiserlich russische** **Apanagen-**Departement auf **sechs** **Jahre** geschah, um es dem **Sohn** der **Fürstin** zu **ermöglichen**, nach **fünfjährigem** **ständigen** **Aufenthalt** in **Rußland** das **Recht** auf **Aufnahme** in den **russischen** **Unterthanenverband** zu **erwerben**. Die **Güter** verbleiben demnach **thatsächlich** im **Besitz** der **fürstlichen** **Familie**.

Das **preussische Abgeordnetenhaus** setzte am **Mittwoch** die **2. Lesung** der **Sperrgelbvorlage** fort. **Abg. Stöder** (kons.): An die **Stelle** der **heißigen** **Leidenschaften**, die sich bei der **ersten** **Lesung** der **Vorlage** kund gaben, ist bei der **zweiten** **Verathung** die **kalte**, **berechnende** **Leidenschaft** getreten und dies hatte wohl darin seinen **Grund**, daß die **Forderungen**, welche bei der **ersten** **Lesung** gestellt wurden, in der **That** **unerfüllbar** waren. **Aber** auch **gestern** hat es an **solchen** **Forderungen** und an **übertriebenen** **Aussäffungen** nicht gefehlt, denn es ist doch eine **übertriebene** **Behauptung**, wenn gesagt wurde, daß die **katholische** **Kirche** **betteln** **gehen** **musse**. (**Sehr** **wahr!** **rechts**.) Es handelt sich hier **niemals** um **Rechtsansprüche** (**Widerpruch** im **Centrum**), es handelt sich um **Ansprüche**, die durch ein **Gesetz**